

# DIE LINKE ZEITUNG

Spende bitte

Zeitung der Partei DIE LINKE. des Kreisverbandes Salzlandkreis

12/2013

## Landesvorstand war in Güsten zu Gast

Jörg Lemmert

Der Landesvorstand besucht jeden Herbst alle Kreisverbände. Am 28. 11. 2013 lud er zur Basistour nach Güsten ein.

Der Kreisvorsitzende Lothar Boese begrüßte die Landesvorsitzende Birke Bull und die neue Landesgeschäftsführerin Tanja Behrend. Nach einer kurzen Einführung über die Situation im Kreisverband übergab er das Wort an Birke Bull, die die Auswertung des Landesparteitages und die Vorbereitung der Kommunalwahlen als Schwerpunkte für den Abend in den Vordergrund stellte.

Auf dem Landesparteitag im Oktober war es möglich, über die strategische Ausrichtung der Partei zu diskutieren. Dazu gehört natürlich die Frage nach linken Bündnissen, die sich, aufgrund der kürzlich zur Schau gestellten Öffnung der SPD, ganz aktuell stellt. Aber auch die Auseinandersetzung nach innen bleiben spannend: So gibt es z.B. in den Fragen der Friedenspolitik oder des bedingungslosen Grundeinkommens längst keinen Konsens innerhalb der Partei.

Als aktuelle Erfolge für die Partei in Sachsen-Anhalt verbuchte die Landesvorsitzende die Proteste gegen die Sparpolitik der Landesregierung bei



Lothar Boese bei seinem Vortrag

(Foto: privat)

kulturellen Einrichtungen und Hochschulen. Hier war die LINKE Teil des Widerstandes und konnte, zumindest in der Frage der Hochschulfinanzierung, Erfolge verbuchen.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen im Mai mahnte sie an, den Blick auf die konkreten Probleme der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu richten. Nicht die allgemeine Kapitalismuskritik ist hier erfolversprechend, sondern die Fokussierung auf aktuelle Auseinandersetzungen vor Ort, wie z.B. die Schulentwicklungsplanung, das Kinderförderungsgesetz oder die Frage nach dem Erhalt von Krankenhausstandorten.

Beim Thema Kommunalwahlen hakte dann Tanja Behrend ein. Die ehemalige Mitarbeiterin in der Parteizentrale in Berlin, wurde zur Nachfolgerin von Jenny Schulz als Landesgeschäftsführerin gewählt. Sie widmete sich vor allem der KandidatInnenengewinnung. Von der Landesebene wird diese durch eine Internet- und Postkartenkampagne unterstützt, bei der aktuelle MandatsträgerInnen der Partei für kommunalpolitisches Engagement werben. Hier zeigen sich bereits erste Erfolge. Wichtig ist vor allem die frühzeitige Ansprache von potentiellen KandidatInnen, da auch viele andere Parteien und Wählervereinigungen auf der Suche sind.

In der anschließenden Diskussion wurde u.a. über positive Beispiele der KandidatInnenwerbung berichtet. „Auch beim regelmäßigen Saunagang treffe ich mögliche KandidatInnen“ merkte Christa Beyer aus Schönebeck an und zeigte damit die Vielzahl der Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit Interessierten auf.

### Aus dem Inhalt:

- Basiskonferenz in Güsten  
Seite 1
- Gedenken an Reichsprogromnacht  
Seite 2
- Ortsversammlung Bernburg  
Seite 3
- Veranstaltung mit Matthias Höhn  
Seite 4
- Kreisvorstandssitzung  
Seite 5
- Schulsozialarbeit  
Seite 6
- Aufruf zur Kommunalwahl  
Seite 7

## Würde den Opfern – Mahnung den Lebenden

Gedenken zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht auf jüdischem Friedhof

Ernst-Hermann Brink

„Nachdem vor 75 Jahren Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung in Deutschland die Würde genommen und sie für „vogelfrei“ erklärt wurden, wollen wir ihnen diese Würde zurückgeben und die Lebenden zur Mahnung aufrufen.“ eröffnete Tobias Pochanke am Freitag, 8. November als Ortsvorsitzender der LINKEN. Saale - Wipper die Gedenkveranstaltung auf dem jüdischen Friedhof in Güsten. Der LINKE Ortsverband ruft seit Jahren zu diesem Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 auf.

Als Hauptredner erhielt in diesem Jahr der Vorsitzende der Verbandsgemeinde Saale-Wipper Dr. Harald Lütke-meier das Wort. Dieser ging in seinen Ausführungen vom Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, aus. „Es begannen die Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung. Der 9. November 1938 war nicht nur ein schrecklicher Höhepunkt von Diffamierungen und Ausgrenzungen. Er war darüber hinaus ein Umbruch in der Verfolgung von bis dahin nicht gekannter Brutalität.“ In der Kristallnacht vom 9. zum 10. November wurden 270 Synagogen und 7500 Geschäfte zerstört und mehr als 400 Menschen erschlagen. 30 000 jüdische Männer wurden festgenommen und in Konzentrationslager gebracht. Der aus Güsten stammende jüdische Arzt Dr. Arno Phillipsthal war eines der ersten Opfer des SA - Terrors in Berlin. Sein Vater betrieb ein Textilgeschäft in Güsten. Dr. Phillipsthal war ein sehr beliebter Arzt und berechnete sein Honorar nach dem Einkommen seiner Patienten. Oft behandelte er ganz Arme auch kostenlos. Sein Verbrechen: Er war Jude und stand dem neuen System kritisch gegenüber. Deshalb wurde er gewaltsam zu Tode geprügelt. Aus kleinen Dateien in der Opfer-Datenbank von Yad - Vashem geht hervor, dass die in Güsten le-



(Fotos: privat)

benden Hedwig Abraham, Gertrud Goldstein, Henriette Goldstein, Ruth Leske, Aron Liebmann, Melanie Lippmann, Carl Maerker, Moritz Simon und Herbert Phillipsthal nach Auschwitz, Theresienstadt, Lodz und Riga in die Vernichtungslager deportiert wurden. In diesen Lagern überlebten nur wenige. „Warum ist dies alles geschehen, gab es keinen Widerstand?“ fragte Dr. Lütke-meier. Es war nur eine kleine Minderheit, die sich dem Druck und der Propaganda entzog. Nach dem Pogrom wurden sie als Volksverräter in Schnellverfahren verurteilt. Wie kam es zu dieser Diktatur, wie konnte es zur völligen Absage an Mitmenschlichkeit und Toleranz kommen? Warum hatten die demokratischen Kräfte versagt? Auf einige dieser Fragen kann die Geschichtsforschung heute Antworten geben.

Aber was haben wir daraus gelernt?

Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten ist in den letzten Jahren gestiegen. Auch die Brutalität der Täter steigert sich deutlich. Vor wenigen Wochen haben 9 junge Männer den Besit-

zer eines türkischen Imbisses in Bernburg überfallen. Viele Bürger haben eine Woche später an der Solidaritätskundgebung teilgenommen. Ihnen war es ein Bedürfnis, ein Zeichen für Toleranz und Demokratie zu setzen. Ebenso haben die Teilnehmer des Fußballturniers „Kick gegen Rechts“ für den Imbissbesitzer gespendet.

Was können wir tun?

Es gibt nur eine Chance: Wir müssen uns mit dem Alltagsrassismus auseinandersetzen. Fremdes muss im Alltag erlebbar werden, Asylbewerber sollten wir annehmen und integrieren. Schüler der Gymnasien in Bernburg und Staßfurt erinnern mit Stolpersteinen an die vertriebenen Juden. Anfang dieses Jahres wurden dem Landrat 2882 Unterschriften übergeben, damit die armenische Familie Kalashyan hier bleiben darf. Hier werden Bürgerengagement und Zivilcourage in der Bevölkerung sichtbar. „Lassen Sie uns wachsam sein. Lassen Sie uns immer einen kritischen Blick auch auf die kleinen Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit werfen. Neugier aufeinander, Toleranz, Konfliktfähigkeit, demokratisches Bewusstsein – all das sind Möglichkeiten, dem Alltagsrassismus zu begegnen. Allein dass Sie hier sind, macht Mut! Wehret den Anfängen!“ schloss der Redner.

Nach einer Gedenkminute beendete Pochanke die Veranstaltung, so dass der Friedhof nach jüdischem Gesetz pünktlich um 16:15 Uhr, zum Beginn des Schabbat, wieder geschlossen werden konnte. Der Vorsitzende des Landesverbandes jüdischer Gemeinden, Max Privorozki, wies auf diese Auflage hin und begrüßte grundsätzlich das Gedenken in Güsten.

*Ernst-Hermann Brink ist Pressesprecher des Ortsverbandes Saale Wipper*

## Unsere Fahrt nach Brüssel

Elke Rehmann

Im vorigen Jahr bekamen wir vom Genossen Lothar Bisky eine Einladung ins EU-Parlament nach Brüssel. Geplant waren ein Gespräch mit ihm und die anschließende Besichtigung des Gebäudes. Die zeit- und arbeitsintensiven Vorbereitungen dieser Reise liefen bereits, als Lothar Bisky leider im August diesen Jahres verstarb. Seine Nachfolgerin im EU-Parlament, Martina Michels, hielt die Einladung aufrecht, und so konnte eine Gruppe von 18 Personen die Reise antreten.

Am 5. November ging es dann ab Bernburg endlich los. Nach 10-stündiger Busfahrt erreichten wir Brüssel. Zuerst besichtigten wir ein Wahrzeichen der Stadt, das Atomium. Aus der obersten Kugel hat man einen beeindruckenden Panoramablick auf die gesamte Umgebung. Leider war an diesem Abend die Sicht nicht sehr gut. Danach checkten wir in unserem Hotel ein und die nähere Umgebung wurde erkundet, sowie sich mit örtlichen Gepflogenheiten bekanntgemacht. Die französische Sprache ist in Brüssel von Vorteil.



Unsere Reisegruppe (Foto: privat)

Am 2. Tag unternahmen wir mit einem ortsansässigen und sehr kompetenten Stadtführer einen kleinen Rundgang durch das Brüssel, das sonst den Touristen verborgen bleibt. Er zeigte uns geschichtsträchtige Häuser in landestypischer Bauweise, enge Gassen, aber auch die Glaspaläste der Großbanken und erklärte in verständlicher Weise deren Geschichte. Unsere kleine Führung endete auf dem historischen Marktplatz, vor dem weltberühmten Rathaus. Danach fuhren wir ins moderne Europa-Viertel zum EU-Parlament. Dort wurden wir von der Abgeordneten der Europäischen Linken, Martina Michels, herzlich begrüßt. Im dortigen Parlament besteht die Linksfraktion (GUE/NGL) aus 34

Abgeordneten aus 12 Mitgliedsstaaten der EU, darunter 8 Deutsche. Fraktionsvorsitzende ist Gabi Zimmer. M. Michels erklärte uns die Vorgehens- und Arbeitsweise im Parlament, z. B. reden bei gemeinsamen Zielen die Fraktionen miteinander (anders als im Deutschen Bundestag) und versuchen so, bestimmte Probleme gemeinsam zu lösen. Natürlich ist es aber auch im EU-Parlament nicht immer einfach, unseren Gedanken von einem besseren Europa durchzusetzen. Nach unserem Gespräch konnten wir uns noch etwas umsehen und Fotos machen. Bevor wir ins Hotel zurückfuhren, nahmen wir individuell in der Stadt unser Abendessen ein.

Unseren letzten Tag in Brüssel verbrachten die meisten Mitglieder unserer Gruppe damit, sich noch einige Sehenswürdigkeiten der Stadt anzuschauen und Reiseproviant zu besorgen.

*Elke Rehmann ist stellvertretende Ortsvorsitzende in Bernburg*

## Bernburger Ortsversammlung zur Vorbereitung der Kommunalwahl

Jana Lankau

Am 18. November fand im Begegnungszentrum der Volkssolidarität eine Ortsversammlung der Bernburger LINKEN statt. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung der Bundestagswahl und die Vorbereitung der Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Zunächst wertete der Kreisvorsitzende Lothar Boese das Bundestagswahlergebnis an Hand von Zahlen aus den einzelnen Wahlbezirken aus. DIE LINKE hat zwar Stimmen verloren, aber wenn man bedenkt, wo sie vor Jahresfrist stand, ist das Ergebnis durchaus respektabel. In Sachsen-Anhalt wurde bundesweit das beste Ergebnis erreicht, aber wir haben auch die meisten Stimmen verloren. Im Wahlkreis Anhalt haben wir landesweit das zweitbeste Ergebnis eingefahren. Der Wahlkampf war engagiert. Es ist uns gelungen, unsere

Leute zu aktivieren, aber es war auch zu erkennen, dass der Großteil der Arbeit auf immer weniger Schultern lastet. In einem Grußwort bedanke sich MdB Jan Korte nochmal bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für den enormen Einsatz. Die Bundestagsfraktion hat mittlerweile ein 100-Tage-Programm aufgelegt. Birke Bull wies darauf hin, dass wir in den nächsten vier Jahren Reformprojekte entwickeln müssen, die über Überschriften hinausgehen. Dazu müssen Kontroversen kulturvoll und werbend ausgetragen werden.

Zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen stellte die Landesvorsitzende Birke Bull die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ vor. Sie sind ein breites Angebot an Positionen, von denen man sich einige auswählen kann, die man dann aber auf die konkrete Situation

in der Kommune zuschneiden muss. Sie warnte vor Wahlprogrammen mit Wunschanbaulisten, von denen jede/r weiß, dass sie nie und nimmer finanzier- oder umsetzbar sind. Die Konzentration auf zwei drei wichtige Knackpunkte, die dann aber auch in den Jahren nach der Wahl konsequent verfolgt werden und dadurch zu Markenzeichen werden, sei da erfolgversprechender. Eberhard Balzer wies in der Diskussion darauf hin, dass es nicht so kommen dürfe, dass das Wahlprogramm beschlossen wird, um anschließend in der Schublade zu landen und nie wieder angesehen zu werden. Der Ortsvorstand wurde mit der Aufgabe betraut, ein Kommunalwahlprogramm zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen.

*Jana Lankau ist Mitglied im Ortsverband Bernburg*

## DIE LINKE nach der Bundestagswahl

Friedrich Schütz

Nach der Bundestagswahl, dem wohl bedeutendsten innenpolitischen Ereignis diesen Jahres, stehen meines Erachtens vor der LINKEN drei grundlegende Aufgaben, bei deren Umsetzung es qualitative Veränderungen zu erreichen gilt, 1. die Stärkung der Kampfkraft der Partei und deren Verankerung in der Gesellschaft, 2. die gründliche und sorgfältige Vorbereitung aller im Superwahljahr 2014 anstehenden Wahlen und 3. der Kampf um die weitere Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit und gegen Einsätze der Bundeswehr im Ausland.

Zu dem in der Überschrift angeführten Thema führte der Kreisvorstand am 4. Dezember in der Gaststätte „Alte Molkerei“ eine Veranstaltung mit Matthias Höhn, dem Bundesgeschäftsführer der Partei, durch, der sich jedoch auf den zweiten der angeführten Schwerpunkte konzentrierte. Ich werde aber auch noch einige Bemerkungen zu dem von den Parteivorsitzenden auf der Vorstandssitzung am 23. und 24. November vorgestellten Projekt Parteientwicklung „Verankern, verbreiten, verbinden“ machen.

Der Bundesgeschäftsführer ging in seinen Ausführungen zunächst auf einige Ergebnisse der Bundestagswahl sowie auf Besonderheiten des Wahlkampfes ein. Folgendes soll noch einmal herausgestellt werden: Gegenüber der Wahl von 2009 verlor DIE LINKE 27% der Stimmen. Die damit erreichten 8,6% (2009 - 11,9%) waren zweifellos ein schwer wiegender politischer Rückschlag, der auch finanzielle Auswirkungen hat. Jedoch im Vergleich zur Zeit des Göttinger Parteitages im Juni 2012, als die Umfragewerte für unsere Partei um 5% lagen, hat sich eine beachtliche Aufwärtsentwicklung vollzogen. Sie, so der Redner, ist auch auf die in den letzten eineinhalb Jahren nachgeholt Strategiedebatte zurückzuführen. Mit ihren 64 Abgeord-



Vortrag in der alten Molkerei (Foto: privat)

neten, das ist ein Mandat mehr als die Grünen erhielten, wurde DIE LINKE drittstärkste Partei und, eine Koalition von Union und SPD vorausgesetzt, zur Oppositionsführerin im Bundestag. Das ist ein Erfolg, der nicht erwartet war.

Im Gegensatz zu der „wunderbaren Situation“ für unsere Partei vor den Wahlen von 2005 und 2009 war die Lage danach schwieriger geworden. Sie stand 2013 vor ihrer „bisher größten Herausforderung“. Der Redner erinnerte an das Versäumnis, sich mit der entstandenen strategischen Situation auseinanderzusetzen sowie an die zahlreichen parteiinternen Streitigkeiten, die unter anderem ein entscheidender Grund für die Niederlage bei mehreren Landtagswahlen waren. Unsere Partei war während des Wahlkampfes einem „spürbaren Konkurrenzdruck“ vor allem durch die SPD ausgesetzt. Bei allem hat sie aber stets auf ihre Unterscheidbarkeit gesetzt.

Im Gegensatz zum Jahr 2013, in dem es verhältnismäßig wenige Wahlen gab, wird das Jahr 2014 zu einem Superwahljahr. Am 25. Mai finden die Wahlen zum Europaparlament statt. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg sind Landtagswahlen und in 11 Ländern, darunter in Sachsen - Anhalt, werden Kommunalwahlen durchgeführt. In Vorbereitung auf alle Wahlen gilt es nicht nur, die geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten in ausreichender Zahl zu gewinnen und auf ihr Mandat vorzubereiten sowie die erfor-

derlichen Programme zu erarbeiten, sondern es kommt auch darauf an, und das gilt besonders für die Landesverbände im Westen, die Parteistrukturen zu festigen und auszubauen. Der Redner setzte sich dann mit dem zum Europawahlprogramm vorliegenden Gegenentwurf auseinander, den er wegen seiner „Stärkung der Nationalstaatlichkeit“ für „falsch und gefährlich“ hält.

Aus Zeitgründen kam der Bundesgeschäftsführer nicht mehr dazu, über das Projekt Parteientwicklung zu sprechen. Ich zitiere den folgenden Satz aus dem 1. Abschnitt des 25 Seiten umfassenden Papiers: DIE LINKE ist die einzige Partei, „die ganz deutlich für eine gesellschaftliche Alternative, für eine andere Zukunft streitet. Dafür ist es notwendig, DIE LINKE zu verbreitern und sie noch stärker in der Gesellschaft zu verankern“.

In einem Abschnitt des Dokuments werden acht Aufgaben gestellt, die heute vor einer linken Partei stehen. Dazu gehören die Verankerung in der Gesellschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Organisation von Wahlen und die Vertretung der Interessen der Wähler/innen in den Parlamenten, politische Orientierung zu geben und im positiven Sinne aufklärerisch zu wirken, um nur drei anzuführen. Jede Aufgabe wird umfassend erläutert.

Zur Durchsetzung dieser Aufgaben werden ein ganze Reihe von Aktivitäten und Arbeitsvorhaben dargestellt, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann. Mich bewegen aber noch zwei Fragen, die meines Erachtens zu kurz kommen. So wichtig auch die Erhöhung der Außenwirkung der Partei ist, so darf doch nicht die Stärkung ihrer inneren Verfaßtheit zu kurz kommen.

## Zum Treffen der LAG-Hartz IV in Aschersleben

Marcel Neuhaus

Am 2. November traf sich die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hartz IV in Aschersleben, um u.a. einen neuen SprecherInnenrat zu wählen. Die neuen SprecherInnen sind Elke Reinke, Marlies Jehrke und Nicola Hoppe.

Ein(e) vierte(r) Sprecher(in) wurde noch nicht gewählt, soll aber in der nächsten Zeit nachgewählt werden. Weiterhin wurden die Delegierten, welche für die LAG an den Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)-Versammlungen teilnehmen können, neu gewählt. Bisher waren es drei Delegierte, die wir aus Sachsen-Anhalt stellen konnten. Da es jedoch nun einen neuen Delegiertenschlüssel gibt, können wir nur noch zwei Delegierte stellen (der neue Schlüssel hat den Sinn, dass die Delegierten-Gesamtzahl nicht die 40 überschreiten soll; siehe dazu § 3 Abs. 2 der BAG-Satzung). Unsere neuen Delegierten sind: Christine Pfeiffer und Elke Reinke. Ersatzdelegierte sind Rainer Böhmer und Marcel Neuhaus.

Außerdem haben wir über die Wahl für den Landesausschuss der LINKEN Sachsen-Anhalt gesprochen, welche Anfang 2014 ansteht. Für diese Wahl können wir als einer der Zusammenschlüsse eine Kandidatin und einen Kandidaten

## Kreisvorstand unterstützt die Kandidatur von Sabine Dirlich zur Landrätin

Klaus Magenheimer

Auf der Sitzung des Kreisvorstandes in der vergangenen Woche hat Sabine Dirlich, Vorsitzende der Fraktion der LINKEN im Kreistag des Salzlandkreises, ihre beabsichtigte Bewerbung zur Landrätin im Salzlandkreis bekanntgegeben. Der Kreisvorstand hat die Bewerbung von Frau Dirlich ausführlich diskutiert, ihr einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und ihr seine Unterstützung zugesichert.

Sabine Dirlich ist seit 1994 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt, Sprecherin für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie SeniorInnenpolitik ihrer Fraktion. In der LINKEN bzw. der PDS ist sie seit Beginn der 90er Jahre aktiv. Ebenso lange ist sie in der Kommunalpolitik verankert. Im Stadtrat von Schönebeck ist sie die



„ins Rennen“ schicken. Es konnte allerdings noch nicht abschließend festgelegt werden, wer diese beiden Kandidaten von uns sein werden. Was die BAG-Delegiertenversammlungen betrifft, so haben wir über die Inhalte der letzten BAG-DV vom 13.-14.04.13 gesprochen. Und wir haben über die Planung der BAG-DV vom 09.-10.11.13 gesprochen, bei welcher uns aufgefallen ist, dass ziemlich umfassende Änderungen an der BAG-Satzung anvisiert werden und dass die Änderungsvorschläge leider erst ziemlich spät (8 Tage vor der nächsten BAG-DV) an uns gemailt worden sind.

Von den vielen weiteren wichtigen Themen, die bei dem Treffen angesprochen wurden, möchte ich hier nur noch zwei erwähnen: Genosse Wolfram Altekrüger wies auf zwei interessante Texte

hin, welche wir allen LAG-Mitgliedern per Mail zur Verfügung stellen wollen: ein Text über geplante Änderungen am SGB II (angebliche Vereinfachungen, welche allerdings in vielen Punkten „Verschlimm-Besserungen“ für die Hartz-IV-Betroffenen sind) und ein Text über die Zwangs-Verrentung von Hartz-IV-Betroffenen im Alter von 63 Jahren (über die Nachteile, die damit verbunden sind bzw. über Möglichkeiten, sich zu wehren).

Zur Anzahl der LAG-Mitglieder: Laut Protokoll der Telefonkonferenz der BAG-SprecherInnen vom 15.08.13 haben wir in Sachsen-Anhalt 38 Mitglieder. Das sind jedoch nur die Mitglieder, die gleichzeitig auch Parteimitglieder sind. Insgesamt haben wir 44 Mitglieder. Es kommt hinzu, dass in den letzten Wochen ein Mitglied ausgetreten ist und vier neue eingetreten sind. Somit haben wir jetzt 47 Mitglieder.

*Marcel Neuhaus ist Mitglied der LAG-Hartz IV*



Landratskandidatin MdL Sabine Dirlich  
Foto:privat

Vorsitzende der Fraktion der LINKEN. Diese Funktion bekleidete sie auch im Kreistag des Altkreises Schönebeck und seit der Kreisgebietsreform 2007 im Salzlandkreis.

Sabine Dirlich ist eine gestandene und erfahrene Kommunalpolitikerin. Der Kreisvorstand hat beschlossen, der Kreismitgliederversammlung vorzuschlagen, sie als Kandidatin der LINKEN zur Landratswahl 2014 im Salzlandkreis zu unterstützen. Diese Versammlung, die am 1. März 2014 in Bernburg im Schüler- und Freizeitzentrum „Schülerland“, Große Einsiedelsgasse 6a, stattfinden wird, wird auch die Wahllisten der LINKEN zur Kreistagswahl aufstellen.

*Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender*

## Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket weiterführen

Sabine Dirlich

Unsere Landtagsfraktion erreichen derzeit besorgte Briefe mit der Bitte, Möglichkeiten zu suchen, die Projekte der Schulsozialarbeit, die mit Hilfe des Bildungs- und Teilhabepaketes entstanden sind, zu erhalten. Die Bundesregierung hat von Anfang an angekündigt, die Projekte nur bis Ende 2013 finanzieren zu wollen. Danach sollten die Landkreise einspringen. Das ist vor dem Hintergrund der Finanzsituation der Kommunen illusorisch. Wir haben deshalb das Thema im Landtag aufgegriffen und Vorschläge zur Lösung unterbreitet.

Es war nicht möglich über das Bildungs- und Teilhabepaket im Landtag zu reden, ohne noch einmal unsere grundsätzliche Kritik daran deutlich zu machen. Wir haben es von Anfang an als bürokratisches Monster bezeichnet und mehrfach auf die Probleme aufmerksam gemacht. Auch unsere grundsätzliche Kritik an der Praxis, immer neue Modellprojekte zu initiieren, um dann nach einer mehr oder weniger kurzen Phase den klammen Kommunen die Finanzierung zu überlassen, mussten wir erneuern. Schulsozialarbeit braucht dauerhafte und verlässliche Strukturen und dauerhafte Beziehungen zwischen den Kindern bzw. Eltern und den Sozialpädagogen, aber auch die enge Einbindung ins Kollegium. Kritisieren mussten wir außerdem die Flickschusterei, die aus einer solchen Praxis entsteht. Schulsozialarbeit wird derzeit auf fünf verschiedene Weisen finanziert: durch ESF-Programme, durch eine Initiative des Bundesfamilienministeriums, über das Fachkräfteprogramm des Landes, durch kommunale Projekte und durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Dazu kommt, dass es in all diesen Programmen unterschiedliche Anforderungen an die Antragsverfahren, die inhaltliche Ausrichtung, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und die Bezahlung gibt.

In allen Projekten wird eine ausgesprochen wichtige Arbeit geleistet. SchulleiterInnen dazu: „An unseren Schulen arbeiten seit geraumer Zeit Schulsozialarbeiterinnen, die aus dem Bildungs-



und Teilhabepaket finanziert werden. Sie leisten eine sehr gute sozialtherapeutische Arbeit, sind mit viel Engagement dabei und kümmern sich intensiv um Kontakte zwischen Schulen, Familien, Jugend- und Sozialämtern. Besonders Familien aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten, die für schulische und erzieherische Belange nicht mehr greifbar waren, nehmen das Angebot über die Schulsozialarbeiterinnen vermehrt an, doch im Sinne ihrer Kinder mit der Schule in Kontakt zu treten.“

Und genau darum ging es in unserem Antrag. Denn wir haben es an dieser Stelle mit einem Dilemma zu tun. In einer der letzten Nachtsitzungen zum Bildungs- und Teilhabepaket wurde festgehalten, dass etwa 400 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, um daraus Schulsozialarbeit und Mittagessen im Hort zu finanzieren. Aber nur bis Ende 2013. Ab dem 01.01.2014 übernimmt der Bund die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Bundesregierung war von der Annahme ausgegangen, dass den Kommunen von diesem Zeitpunkt an die Mittel zur Verfügung stehen, die für oben genannte Grundsicherung nicht mehr ausgegeben werden müssen. Schaut man die Zahlen an, stellt man fest, dass für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis zu zehnmal mehr ausgegeben wird, als für Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket. Aber leider ist damit nicht alles gut. Die Übernahme der Grundsicherung erfolgte nämlich schrittweise, und die Kreise haben

schon in diesem Jahr nur noch 25% der Kosten für die Grundsicherung im Alter getragen.

Eigentlich sollte den Kommunen durch die Entlastung von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Mittel für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Das findet in Sachsen-Anhalt nicht statt, weil der Finanzminister mit dem Hinweis auf die Entlastung, genau die Summe aus dem Finanzausgleichsgesetz für 2014 gestrichen hat, die in diesem Jahr für die Grundsicherung ausgegeben wurde. Den Kommunen in Sachsen-Anhalt stehen somit die freiwerdenden Mittel nicht zur Verfügung, die sie für Schulsozialarbeit ausgeben könnten.

Damit stehen viele Projekte der Schulsozialarbeit in den Kreisen vor dem Aus. Wir wollten die Landesregierung veranlassen, über Möglichkeiten zur Fortführung der Projekte nachzudenken. Wir haben vorgeschlagen, dass nicht verausgabte Mittel aus dem ESF verwendet werden sollen. Mittel, die an anderen Stellen nicht abfließen, könnten hier sinnvoll eingesetzt werden. Solche Mittel gibt es in Höhe von ca. 30 Millionen €. Es ist möglich, eine andere Verwendung vorzusehen. Im Sozialausschuss wurde uns mitgeteilt, dass dies eine gängige Praxis ist.

Der zweite Punkt unseres Antrages hat den Blick ein wenig geweitet. Wir machen uns keine Illusionen, dass es möglich sein könnte, Schulsozialarbeit auf eine einheitliche und dauerhafte Grundlage zu stellen. Aber eine wirksame Koordination der verschiedenen Angebote und eine Zusammenarbeit zwischen den Projekten sollte in jedem Fall angestrebt werden.

Die Koalitionsfraktionen haben es leider versäumt, die Landesregierung sofort zum Handeln aufzufordern und den Antrag in den Bildungsausschuss überwiesen. Damit dürfte eine Landeslösung vereitelt worden sein.

*MdL Sabine Dirlich ist Sprecherin für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie SeniorInnenpolitik der Landtagsfraktion*

## Aufruf der Staßfurter LINKEN zur Kommunalwahl 2014

Ralf-P. Schmidt

DIE LINKE will 2014 stärkste Kraft im Staßfurter Stadtrat werden – dazu sind engagierte KandidatInnen gesucht – Mach mit! Kandierte für DIE LINKE, für ein kompetentes Staßfurt und eine starke LINKE in den Ortschaften!

Die Staßfurter LINKE öffnet auch zur Kommunalwahl 2014 ihre Listen. So sind also nicht nur GenossInnen der Partei zur Kandidatur für den Staßfurter Stadtrat bzw. für einen Sitz und Stimme in einem der umliegenden Ortschaftsräte aufgerufen.

Wir sprechen ausdrücklich engagierte Bürgerinnen und Bürger, Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den Bürgerinitiativen an, mit denen wir gemeinsam zu den Themen Sicherung der kommunalen Wohnungen, Nein zur Biogasanlage in Staßfurt oder aber für den Erhalt der Grundschulen in Neundorf und Löderburg bzw. für den Abriss der Staßfurter Mauer gekämpft haben. Diese Zusammenarbeit war stets von Fairness und Zielstrebigkeit gekennzeichnet. Genau so stellen wir uns das Agieren einer LINKEN Fraktion in Stadt und Ortschaft vor.

Was ist bei uns gefragt? Fairness, demokratischer Umgang, soziales und solidarisches Agieren und eine Zustimmung zu den kommunalpolitischen Leitlinien



Überall in Sachsen-Anhalt sucht die LINKE KandidatInnen für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Mehr Informationen unter <http://www.kommunal.dielinke-isa.de/>

der LINKEN, die wir gerade an der Basis diskutieren.

Was bieten wir? Eine kommunalpolitische Chance auch für Neueinsteiger – egal welchen Alters, ein umfangreiches kommunalpolitisches Schulungsangebot und eine solidarische und streitbare Kommunikation innerhalb der Fraktion.

Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang! Wahlprogramm und kommunalpolitische Leitlinien sind unsere Orientierung. Beide Dokumente kann jeder Bewerber/ jede Bewerberin ab sofort mit erarbeiten und diskutieren.

Wir rufen ausdrücklich Frauen zur Kandidatur auf, denn der Staßfurter Stadtrat braucht mehr kulturelle Weiblichkeit!

Wir rufen ausdrücklich Menschen aus den Ortschaften zur Kandidatur unter der Fahne der LINKEN auf, denn DIE LINKE will nicht nur im Stadtrat, sondern auch in den Ortschaftsräten kompetente und bürgerfreundliche Themen ansprechen und umsetzen.

Gestartet sind wir als PDS, der Partei Der Staßfurter. In dieser Legislatur haben wir mit unseren Anträgen entschieden die Weichen für die kommunalpolitische Diskussion zu den Brennpunkten in der Kommune und für soziale Gerechtigkeit gestellt.

Ab 2014 wollen wir mit einer großen Mehrheit engagierter Staßfurterinnen und Staßfurter unsere Positionen in den Räten verwirklichen. Entscheide Dich für eine Kandidatur mit UNS!

## Staßfurter LINKE übergab Spende für Atzendorfer Feuerwehrnachwuchs

Ralf-P. Schmidt

Alle Kinder und Jugendlichen zwischen 5 und 17 Jahren und ihre Eltern waren am Sonnabendnachmittag in die Räumlichkeiten der Atzendorfer Feuerwehr eingeladen. Ziel der ehrenamtlich Engagierten von Kinder- und Jugendfeuerwehr war es, über die Arbeit der Nachwuchsgewinnung in Atzendorf zu informieren und neue Mitstreiter zu werben. Dies war Anlass für die Staßfurter Stadtratsfraktion DIE LINKE, das Engagement in Atzendorf erneut zu würdigen. So konnten Matthias und Ines Rasehorn stellvertretend für die Kinder- und Jugendfeuerwehr eine Spende zur Unterstützung der Arbeit entgegennehmen.

Ralf-P. Schmidt, der für die Fraktion die

Spende überbrachte, dazu: „Mit Respekt und Anerkennung nimmt die Staßfurter LINKE das Engagement der Feuerwehr Atzendorf zum Thema Nachwuchsarbeit zur Kenntnis. Anlässlich Ihres heutigen Informations-Nachmittages möchte die Stadtratsfraktion DIE LINKE./offene Liste im Stadtrat der Stadt Staßfurt aus ihrem Solidarfond mit einer Spende in Höhe von 150,00 € dazu beitragen, dass die Kinder- und Jugendfeuerwehr auch künftig gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen hat.“

Schmidt nutzte die Begegnung in Atzendorf auch, um die Grüße des Bundestagsabgeordneten Jan Korte (DIE LINKE) zu überbringen und sich für

den entwickelten offenen Dialog zu den Themen der Freiwilligen Feuerwehr, der auch der LINKEN bei ihren politischen Entscheidungen in Sachen Brandschutz hilft und so kompetentes und fachlich fundiertes Agieren sichert, zu bedanken.

Nicht nur DIE LINKE, sondern auch Feuerwehrvertreter aus Land und Landkreis, Eltern und Kinder nutzen den Nachmittag zur Information und zum Austausch. Eine Bildpräsentation, die Technikschaue, eine bunte und kindgerechte Kaffeetafel, sowie die Kreativangebote trugen zu einem kurzweiligen Informations- und Begegnungsnachmittag bei.

Ralf-P. Schmidt ist Stadtrat in Staßfurt

Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Dezember  
recht herzlich

Zum 93. Geburtstag  
Willi Krüger

Zum 91. Geburtstag  
Fritz Sommer

Zum 90. Geburtstag  
Beate Köthe

Zum 88. Geburtstag  
Sigrid Schumann

Zum 87. Geburtstag  
Anneliese Freist  
Gerda Wesemann  
Egon Köplin

Zum 85. Geburtstag  
Rosel Otto

Zum 83. Geburtstag  
Brigitte Wagenführ

Zum 81. Geburtstag  
Franz Walter

Zum 80. Geburtstag  
Karin Zeißig

Zum 70. Geburtstag  
Anneliese Noack

Zum 65. Geburtstag  
Ursula Fahtz  
Peter Kaufmann

Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im Dezember  
Geburtstag haben



Das nächste **Erwerbslosenfrühstück im Bernburger Bürgerbüro** (Kleine Wilhelmstraße 2b) findet am **27.01.2014** um 10 Uhr statt.

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr mit viel Kraft und guten Ideen für die anstehenden Aufgaben. Mögen sich einige Wünsche erfüllen und viele Erlebnisse zu guten Erinnerungen aus einem reichen und bunten Jahr werden.**

Kreisvorstand DIE LINKE  
Redaktion DLZ

### **Statt Spekulanten - Kinder beschenken!**

Weihnachtsaktion des Ortsverbandes DIE LINKE Saale Wipper am 24.12.2013 um 10 Uhr vor E-Neukauf in Güsten

### **Neujahrsempfang der LINKEN Saale-Wipper**

DIE LINKE. Saale-Wipper lädt am 04.01.2014 um 18 Uhr zum offenen Neujahrsempfang alle Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde in den Gemeindesaal nach Amesdorf, (Kirchstraße 9) ein. Als Gast wir die Landratskandidatin Sabine Dirlich erwartet.

### **Veranstaltungen zum "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus"**

Am 25.01.2014 um 10 Uhr auf dem Friedhof Hecklingen (DIE LINKE Hecklingen)

Am 25.01.2014 um 10:30 Uhr auf dem Friedhof in der Hecklinger Straße in Staßfurt (DIE LINKE Staßfurt).

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 15. Januar 2014 und Redaktionsschluss war der 05. Dezember 2013.

### **Beilage zur KandidatInnensuche für die Kommunalwahl**

Wir möchten InteressentInnen an einer Kandidatur bitten, die Beilage in der Heftmitte ausgefüllt in den Büros in Staßfurt oder Bernburg abzugeben, bzw. an die dort vermerkte Adresse oder direkt an den Kreisvorstand zu schicken (siehe unten).

Der Kreisvorstand

### **Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am 18.12.2013 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

Das nächste „Kaffee mit Links“ findet am **08.01.2014 um 16 Uhr** im **Bernburger Bürgerbüro** (Kleine Wilhelmstraße 2b) statt.

### **DIE LINKE Aschersleben vor Ort im Gespräch**

Am 09.01.2014 um 10 Uhr auf dem Holzmarkt in Aschersleben.

Das nächste Treffen der **BO Hecklingen** findet am 17.01.2014 in Schneidlingen statt.

### **DIE LINKE ZEITUNG**

Herausgeber:  
Kreisvorstand DIE LINKE.  
Salzlandkreis

Mail:dielinke-salzlandkreis@t-online.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Joachim Redmann,  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.